

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 10 vom 24. Oktober 2019, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

| | |
|---------------------|---|
| Stadtrat | Vorsitz: Stadtratspräsident Reto Schertenleib Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Adrian Christen, Susanna Ernst-Reusser, Seraina Graf, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltpold, Daniela Huber Notter, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Manfred Locher, Michelle Marbach, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmann (ab 17.40 Uhr, Traktandum 3), Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Verena Schneider, Franz Schori, Margrit Schwander, Alois Studerus, Reto Vannini, Daniela Weber, Simon Werren, Sarah Zaugg |
| Gemeinderat | Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Andrea de Meuron, Gemeinderäte Roman Gimmel (ab 17.35 Uhr), Konrad Hädener und Peter Siegenthaler (ab 18.00 Uhr) |
| Ferner | Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller |
| Sekretariat | Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Lorina Winkler |
| Entschuldigt | Martin Allemann, Markus van Wijk, Philipp Deriaz und Cloe Weber |
| Schluss der Sitzung | 20:10 Uhr |

Der Stadtratspräsident begrüsst alle Anwesenden zur 10. Stadtratssitzung. Insbesondere begrüsst er die neue Protokollantin Tanja Aebersold, die heute Lorina Winkler über die Schulter schaut, und die Lernende Ramona Forter, die das Sekretariat unterstützt.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

115. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19. September 2019

Stadtratsbeschluss

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

116. Budget- und Rechnungskommission BRK

Ersatzwahl für den zurückgetretenen Till Weber

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun gestützt auf Art. 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst stillschweigend:

In die Budget- und Rechnungskommission BRK wird als Mitglied anstelle von Till Weber (Fraktion Grüne/JG) per sofort gewählt: Sarah Zaugg (Fraktion Grüne/JG).

117. Zone mit Planungspflicht ZPP Hoffmatte

Beschlussfassung Änderung baurechtliche Grundordnung

Bericht des Gemeinderates Nr. 29/2019

Der Stadtpräsident weist den Rat darauf hin, dass es sich bei vorliegendem Geschäft um das Produkt eines langjährigen Planungsprozesses handelt. Im Rahmen eines sorgfältigen Wettbewerbsverfahrens nach SIA 142 wurde das insgesamt überzeugendste Projekt ausgewählt. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass das Resultat die Unterstützung des Rats verdient. Das Projekt setzt nicht nur die Vorgaben einer modernen, zeitgemässen Raumplanung sehr gut um; mit dem Alters- und Pflegeheim und dem altersgerechten Wohnen wird zudem ein weiteres, wichtiges öffentliches Anliegen gewahrt. Für die WIA Wohnen im Alter AG, die an dem Planungsprozess beteiligt war, ist die Realisierung des Projekts zentral. Das Projekt schafft zudem mit einer KITA und einem Quartierzentrum Potential für generationenübergreifendes Wohnen. In der SAKO wurde die Frage der Parkplätze ausführlich diskutiert. Die Bestimmungen zu Zonen mit Planungspflicht (ZPP) lassen maximal 1,2 Autoabstellplätze pro Wohnung zu. Der Stadtpräsident hatte gestern Kontakt zur Landeigentümerin und ist autorisiert zu sagen, dass nach heutigem Stand höchstens ein Parkplatz pro Wohnung geplant ist. Der Bau von Einstellhallenplätzen ist mit Kosten verbunden und die Eigentümer und Investoren möchten entsprechend nur so viele Parkplätze erstellen, wie effektiv gebraucht werden. Dies stellt keinen Widerspruch zum Stadtratsbericht dar – vielmehr wurde der damalige Maximalstand im Zuge der Verfeinerung des Projekts angepasst. Er lädt den Rat dazu ein, das Projekt in seiner Gesamtheit zu würdigen, da es wichtig ist für die Stadtentwicklung und viele Anliegen gut umsetzt. Der Gemeinderat empfiehlt die Annahme der ZPP Hoffmatte.

Peter Aegerter, **SAKO P+StE**, hat sich sehr intensiv mit dem Geschäft befasst. Dieses wurde erstmals im Dezember 2015 im Rahmen der SAKO thematisiert und an der letzten SAKO-Sitzung bereits zum fünften Mal besprochen. Die SAKO wurde von Jürg Hänggi, der im Jahr 2015 den Architekturwettbewerb als Verfahrensleiter begleitete, detailliert über die ZPP informiert und die Mitglieder hatten die Gelegenheit, Fragen zu stellen. Einmal mehr wurde den Thuner Behörden aus der Fachwelt ein grosses Lob zum gewähltem Verfahrensweg ausgesprochen. Das zeigt deutlich, dass die Stadt bereits über eine reiche Erfahrung an solchen Geschäften verfügt. In den letzten Monaten und Jahren wurden dem Rat immer wieder

anspruchsvolle Planungsgeschäfte zur Beurteilung vorgelegt und es werden weitere folgen, um den erwarteten Bevölkerungswachstum mit genügend Wohnraum stemmen zu können. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass es den Behörden immer wieder gelingt, Investoren und Partner zu finden, die bereit sind, im Rahmen von Areal- oder Überbauungsplanungen nach der SIA-Norm 142 entsprechende Projektwettbewerbe durchführen zu lassen. Damit wird im Gegenzug die verlangte Qualität bezüglich Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt erreicht. Aber auch diese Medaille hat eine Kehrseite und die nennt sich Verbindlichkeit und Planungssicherheit. Ohne Verbindlichkeit und Planungssicherheit könnte es künftig jedoch schwierig werden, Bauareale qualitativ hochstehend zu entwickeln und zu beplanen. Es war immer klar, dass die Resultate des Architekturwettbewerbs die Grundlage der Zonenplanänderung und der UeO bilden sollten. Die verlangten Altersheimplätze im Wettbewerbsprogramm wurden durch die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) bewilligt. Der Wettbewerb sah ausserdem einen verkehrsfreien Aussenraum vor. Die Komplexität der Aufgabenstellung liegt vor allem in der Etappierung. Es waren zwei Etappen zu planen, wobei der zeitliche Horizont der zweiten Etappe heute noch nicht absehbar ist. Das Siegerprojekt wurde bereits sehr differenziert überarbeitet und es wurden durchaus auch Anliegen aus der Nachbarschaft berücksichtigt, insbesondere bezüglich Gebäudehöhe und Verkehr. Am Modell konnte die SAKO diese Überarbeitung nachvollziehen und auch die hohe Aussenraumqualität wurde erkennbar. Die Öffentlichkeit hat ebenfalls ein legitimes Interesse an dem Areal, welches mit der Beteiligung der WIA Wohnen im Alter AG sichergestellt wird. Der gemeinnützige Wohnungsbau hat hier keine Priorität. Für die WIA ist der Standort essentiell im Zusammenhang mit der künftigen Unterbringungs- und Sanierungsstrategie der bestehenden Altersheime. Aus der Kommission wurden vor allem Fragen betreffend Energie, Mass der Verdichtung und Parkplatzzahl gestellt, wobei Letztere besonders intensiv besprochen wurde. Die unterschiedlichen Zahlen in der rechtsverbindlichen UeO und im Stadtratsbericht haben grosse Emotionen ausgelöst. Inzwischen erhielt der Rat jedoch ein Schreiben des heutigen Arealeigentümers und des zukünftigen Investors. Auch der Stadtpräsident hat bestätigt, dass der heutige Planungsstand eindeutig von 1.0 Parkplätzen pro Wohnung ausgeht. Kritisch hinterfragt wurde ausserdem, dass das Projekt nicht die maximale Verdichtung anstrebt. Auch über mögliche Änderungsanträge wurde diskutiert. Inhaltliche Änderungsanträge haben zwingend eine Neuauflage mit einer Einsprachemöglichkeit zur Folge. Ein Antrag um die Erweiterung des Beschlussdispositivs ist obsolet, weil die Stadt Thun nicht Grundeigentümerin ist und der Stadtrat lediglich über eine Zonenplanänderung befindet. Die SAKO P+StE empfiehlt die Genehmigung der Änderung der ZPP mit 3 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen.

Hanspeter Aellig (FDP) bedankt sich für die Ausarbeitung des umfangreichen Dossiers. Die FDP unterstützt die Entwicklung der Hoffmatte, wodurch ein Ertrag generiert wird. Für sie stellt sich jedoch die Frage nach der Akzeptanz des Geschäfts, welche aufgrund geführter Gespräche offensichtlich nicht breit vorhanden ist. Im Bericht wird ausgeführt, dass das Siegerprojekt sowohl in der ersten Phase wie auch nach dem Wegzug des Fabrikareals überzeugt. Der gesamte Prozess scheint schlüssig zu sein. Eine Konstante zieht sich offensichtlich durch alle Einsprachen. Die gerügten Themen entsprechen denjenigen, die der Stadt Thun bereits aus der Mitwirkung bekannt waren: Gebäudehöhen und Verkehr. Sehr schwer zu verdauen ist die Auffassung des Gemeinderats, dass aus Sicht der Stadt die Mehrwerte des Vorhabens im Sinne der ausgeführten Aspekte gegenüber den Auswirkungen auf die unmittelbare Umgebung überwiegen. Es wird nicht besser, wenn man zuwartet, bis die Einsprachen ans Amt für Gebäude und Raumplanung (AGR) weitergezogen werden. Wird hier tatsächlich die Stadtentwicklung nach innen auf eine vertretbare Weise vorgenommen und gleichzeitig durch die Schaffung neuer Angebote eine Aufwertung des bestehenden Quartiers erreicht? Die FDP hat diesbezüglich gewisse Vorbehalte. Bei der Analyse der Stellungnahme des Gemeinderats zu den Mitwirkungsanliegen geht die FDP davon aus, dass die Problematik der Gebäudehöhe noch überhaupt nicht ausgeräumt ist. Es gibt durchaus tragfähige Alternativen. Die FDP erwartet, dass der Gemeinderat die Anliegen der Einsprachen nochmals analysiert und nötigenfalls eine Neubeurteilung vornimmt. Es ist zielführender, jetzt das Gespräch zu suchen als dann, wenn ein Referendum drohen wird. Andernfalls befürchtet die FDP, dass die Entwicklung der Hoffmatte gefährdet ist. Das muss verhindert werden. Die FDP stellt einen Rückweisungsantrag.

Nicole Krenger, **glp/BDP-Fraktion**, fand den Bericht wenig übersichtlich und teils sogar widersprüchlich. Inhaltlich lässt dieser einen gewissen Mut vermissen und hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Sie stellt den vorausgegangenen Planungsprozess nicht in Frage, doch die UeO stammt aus dem Jahr 2016 und es ist davon auszugehen, dass die künftige Entwicklung der Parkplatzsituation damals wenigstens ansatzweise erkennbar war. 1.2 Parkplätze pro Wohnung sind definitiv zu viel. Viel wichtiger wäre ihrer Fraktion eine saubere öV-Erschliessung. Obwohl die Entfernung zur nächsten Bushaltestelle von 300 bis 500

Metern dem kantonalen Mindestwert entspricht, ist das eine weite Distanz für ältere Leute. Auch bei der Bauhöhe und Verdichtung ist das Projekt nicht gerade mutig. Diesbezüglich wird es immer einen Konflikt mit der direkten Nachbarschaft geben. Schliesslich finden die im Stadtratsbericht erwähnten Klimavorgaben in den rechtlich verbindlichen Dokumenten nirgends Niederschlag. Die glp/BDP-Fraktion hat das Schreiben der Grundeigentümerschaft aktiv gelesen und fand die genauen Absichten etwas unklar. Stadträtin Krenger hat es so interpretiert, dass die Zahl von einem Parkplatz pro Wohnung eingehalten wird. Da es sich um Alterswohnungen handelt, ist dies immer noch viel. Die Zusicherung der Grundeigentümerschaft betreffend Klima hat sie so verstanden, dass Wärmepumpen, Fotovoltaik und Minergie umgesetzt werden. Es ist zweifelhaft, ob es sich bei diesem Projekt um ein Leuchtturmprojekt handelt, doch es ist auf einem guten Weg. Diese Zusicherung ist zwar rechtlich nicht verbindlich, doch es besteht ein Vertrauensverhältnis zur Grundeigentümerschaft und sie ist überzeugt, dass dies auch weiterhin beidseitig bestehen wird. Die glp/BDP-Fraktion stimmt der ZPP zu.

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, hat die gefundene Lösung in städtebaulicher Hinsicht überzeugt. Trotzdem hat seine Fraktion gewisse Vorbehalte: Das Thema Energie blieb gemäss Ausschreibung bewusst aussen vor, was bereits damals für Projekte dieses Umfangs ungewöhnlich war. Die geplanten Gebäude liegen somit energetisch in der Nähe des gesetzlichen Minimums und auch unter dem am 10. Februar 2019 abgelehnten Energiegesetz. Es ist also bereits vor dem Bau dieser Gebäude klar, dass sie nicht fit sind für die Zukunft und keinen Beitrag an die Klimaneutralität bis 2050 leisten werden. Wie soll die Klimaneutralität bis 2050 erreicht werden, wenn sich nicht einmal Neubauten daran ausrichten, die noch weit über das Jahr 2050 hinaus Bestand haben werden? Obwohl seine Fraktion mit den Bestimmungen zur Energie und den Parkplätzen nicht zufrieden ist und auch die kurze Stellungnahme der Frutiger AG nichts daran geändert hat, will sie das Projekt in seiner Gesamtheit nicht gefährden – vor allem nicht wegen der wichtigen und hochwertigen Pflegeplätze. Die Fraktion Grüne/JG wird sich entsprechend enthalten mit der Anmerkung, dass sie nicht mehr lange ein Auge zudrücken werden für Projekte, die aus einer anderen Zeit stammen. Sie appellieren an die Eigenverantwortung der Projektanten und werden mitverfolgen, wie die unverbindlich angedeuteten Schritte betreffend Nutzung der Sonnenenergie in Richtung eines Plusenergie-Quartiers umgesetzt werden. Eine richtige Umsetzung lohnt sich.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, betont, dass bei einer verdichteten Bauweise immer auch Anwohner direkt betroffen sind. Er hat Verständnis dafür, wenn diese versuchen, ihre Interessen in besseren Lösungen abzubilden. Politikerinnen und Politiker haben jedoch ebenso den Auftrag einer gesamtheitlichen Anschauung, um die jeweils bestmögliche Lösung zu finden. Diese kann naturgemäss nicht alle Anliegen von Betroffenen aufnehmen. Seine Fraktion hat sich die Zeit genommen, die Stimmen der Betroffenen kritisch zu prüfen und das Projekt der Stadt zu durchleuchten. Es stand immer wieder die Aussage im Raum, es könnte auf dem Areal eine neue Arbeitshalle entstehen und der Standort Oberdiessbach geschlossen werden. Als Fraktion befürworteten sie zwar neue Arbeitsplätze, wollten diese eher unlogische Aussage jedoch besser abklären, da sie sich kaum vorstellen konnten, dass so weit vorausgeplant wird. Auf Anfrage beim CEO stellte sich heraus, dass die Hoffmann Neopac AG heute und in Zukunft genügend Platz hat. Bereits 2011 fiel der Entscheid, nicht benötigte Flächen anders zu entwickeln und damit ein zusätzliches Standbein aufzubauen. Sollte das Projekt nicht zustande kommen, hat die Hoffmann Neopac AG nicht im Sinn, Investitionen im industriellen Sinne zu tätigen, sondern eher eine Lager- und Produktionshalle zu bauen und zu vermieten. Bezüglich Energie- und Parkplatzvorgaben hätte das Projekt bereits bei seiner Entstehung mutiger sein dürfen. Eine nachträgliche Korrektur würde den Prozess jedoch verzögern, was nicht in ihrem Sinn ist. Die Fraktion EVP+EDU+CVP stimmt dem Projekt zu, geht aber davon aus, dass die Umsetzung konkreter und mutiger wird und sich an zukünftigen Szenarien orientiert.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, befürwortet das Verfahren, nach dem die ZPP aufgegleist wurde. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass das Quartier autofrei sein soll und die Bäume geschützt oder zumindest im Bestand erhalten werden sollen. Dennoch stimmen sie dem Projekt nur zähneknirschend zu, da man zur Realisierung eines Leuchtturm-Projekts bereits für den Wettbewerb mutigere Vorgaben hätte geben müssen. Bereits damals wäre es nämlich möglich gewesen, heutige Vorgaben zu erreichen oder gar zu übertreffen. Auch die Maximalanzahl an Parkplätzen von 1.0 erscheint der SP-Fraktion hoch. Sie unterstützt die ZPP nur deshalb mehrheitlich, weil es für die WIA Wohnen im Alter AG ein grosses Problem wäre, auf dem Areal nicht bauen zu können. Der nicht gewinnorientierten WIA Wohnen im Alter AG wurde bereits das Projekt an der Weststrasse verwehrt. Für die erfolgreiche Weiterführung des WIA-Betriebs ist deshalb die ZPP Hoffmatte von existentieller Bedeutung. Die SP-Fraktion erachtet es als zentral, die WIA als Thuner

Organisation zu unterstützen und die Betten nicht einem freien, teils auch ausländischen Markt zu überlassen. Dass jedoch im ganzen Quartier kein gemeinnütziger Wohnungsbau geplant ist und man in Thun kaum von Sozialwohnungen spricht, gibt ihnen zu denken. Für weitere Arealentwicklungen verlangen sie, dass der Gemeinderat Verträge aushandelt, die auch nach sieben Jahren noch mit den aktuellen Standards mithalten können. Die Mehrheit der SP-Fraktion stimmt der ZPP zu.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für das beispielhafte Aufgleisen der ZPP. Die Unterlagen lassen nachvollziehen, weshalb gerade das Projekt «NEOPARC» als Sieger aus dem Architekturwettbewerb hervorging. Sowohl im Situationsplan als auch im Modell wird klar, dass im Zusammenspiel mit dem bestehenden Quartier bei einer maximalen Verdichtung ein noch grösseres Konfliktpotential mit der Nachbarschaft hätte entstehen können. Obwohl seine Fraktion der Meinung ist, dass Verdichten nach innen heute unumgänglich ist, sieht sie im Projekt «NEOPARC» eine gute Kompromisslösung. Auch der Ansatz, dass mit einem öffentlichen Platz, einem Alters- und Pflegeheim und einer weiteren öffentlichen Nutzung ein Eingang zum Quartier entsteht, gefällt ihnen. Es freut sie, dass der Aussenraum autofrei wird und durch geschickte Bepflanzung zu einer grünen Lunge wird. Besonders wertvoll ist, wie eine allfällige zweite Etappe das Quartier städtebaulich vervollständigen würde. Die städtebauliche Gesamtstrategie ist klar erkennbar. Der Stadtratsbericht enthält eine klare und durchaus nachvollziehbare Aussage zum Thema Energie, die sich auch an den Energierichtplan hält. Auch hier wird eine klare Strategie zum nachhaltigen Umgang mit vorhandenen Ressourcen vorgegeben. Stadtrat Aegerter versteht nicht, wenn man bereits heute davon ausgeht, dass dies nicht dem modernsten energetischen Standard entsprechen wird. Er ruft dazu auf, dem Projekt erstmal Zeit zu geben, sich zu entwickeln. Die Investoren haben im Schreiben vom 17. Oktober 2019 bestätigt, dass für die Energieerzeugung auf Nachhaltigkeit gesetzt wird. Die SP-Fraktion erklärt sich mit den gemeinderätlichen Einschätzungen zu den übergeordneten Einschätzungen einverstanden. Die Vorgaben der Hochhäuser mit einer differenzierten Höhengestaltung und Höhenstaffelung der einzelnen Gebäude berücksichtigen die Mitwirkung vom Juni 2017. Den eingegangenen Einsprachen ist entgegenzuhalten, dass die heutige Bauzone grossflächige Industriegebäude mit einer Höhe von 17.5 Metern zulässt. In Sachen Verkehrserschliessung muss mit dem Umstand des Mehrverkehrs gegenüber dem Quartier sehr sensibel umgegangen werden. Diejenigen Ratsmitglieder, welche das Geschäft zurückweisen wollen, macht er darauf aufmerksam, dass es für die WIA Wohnen im Alter AG eine hohe Bedeutung hat: Sie benötigt das Grundstück, damit die anstehenden Umbauungs- und Sanierungsprojekte der Alters- und Pflegeheime Sonnmatte und Martinszentrum realisiert werden können. Die WIA braucht die Planungssicherheit deshalb sehr rasch, die mit der Genehmigung der ZPP Hoffmatte erreicht wird. Die WIA hat keinen Plan B für das Gemeindegebiet Thun. Für den heutigen Grundeigentümer und die künftigen Investoren ist die vorliegende ZPP das Resultat einer mehrjährigen, kontinuierlichen Planungsphase. Die bisherigen Planungsschritte folgten einem logischen Prozess, der in einer Abstimmung auf sämtliche Interessen der Beteiligten und Betroffenen Rücksicht nahm. Für die Grundeigentümer und Investoren ist mit der ZPP erst eine Zwischenziellinie erreicht: Wenn der Rat diese löscht oder verschiebt, kann mit dem Grundstück alles oder nichts passieren – dieses Szenario ist zu verhindern. Stadtrat Aegerter fordert den Rat auf, ein zukunftsgerichtetes Zeichen der Verbindlichkeit und Planungssicherheit zu setzen. Nur so kann die Stadt Thun auch künftige Bauareale sinnvoll entwickeln. Die SVP-Fraktion nimmt den Antrag des Gemeinderats mit Überzeugung an.

Alain Kleiner (SVP) appelliert an die Verantwortung des Rats: Es wurde ein seriöses Verfahren nach SIA 142 durchgeführt, wie von der SP-Fraktion im Geschäft zum Siegenthalergut verlangt wurde. Eine unabhängige, fachlich hochstehende Jury hat sich für das Projekt «NEOPARC» entschieden. Die SAKO hat das Geschäft begleitet, fünfmal darüber beraten – und jetzt streitet man sich über die Anzahl der Parkplätze. Der Stadtpräsident hat gesagt, die Bauherrschaft wolle so viele Parkplätze bauen wie nötig, weder zu viel noch zu wenig. Es würde kein gutes Licht auf die Stadt als Partner werfen, wenn der Rat ein solches Geschäft wegen Details bachab schicken würde. Wer soll künftig ohne Planungssicherheit noch in Wohnungsbau oder Arbeitsplätze in Thun investieren? Er bittet den Rat, ein klares Signal für dieses zukunftsgerichtete Projekt zu senden, das sich auf dem höchsten Stand der heutigen Technik und Energie befindet – auch gerade im Hinblick auf ein drohendes Referendum.

Hanspeter Aellig (FDP) will Verantwortung wahrnehmen und kein Referendum riskieren. Der Rat muss klarstellen, dass er die Arealentwicklung grossmehrheitlich unterstützt, jedoch muss unbedingt die Akzeptanz der Anwohnerinnen und Anwohner erreicht werden. Im Falle eines Referendums, worauf er bereits Hinweise hat, würde die Planungssicherheit fehlen.

Peter Aegerter (SVP) macht Stadtrat Aellig auf die Mitwirkung im Jahr 2017 aufmerksam. Es ist nicht möglich, auf alle Wünsche einzugehen. Eine Gesamtsicht über das ganze Areal ist wichtig.

Thomas Hiltbold (Grüne) nimmt Bezug auf die Detailfragen, über die es sich gemäss Stadtrat Kleiner nicht zu sprechen lohne. Die Energiefrage ist sehr unverbindlich geregelt. Die Anzahl Parkplätze hängt stark mit der Mobilität und Erreichbarkeit zusammen. Diesbezüglich ist das Projekt kein Leuchtturmprojekt und lässt viele Fragen, Wünsche und vor allem Notwendigkeiten offen. Man darf nicht vergessen, dass die Stadt Thun für die nächsten fünfzig Jahre baut. Seine Fraktion verlässt sich auf die Versprechungen des Gemeinderats, ihre Geduld ist jedoch erschöpft. Bei weiteren Arealentwicklungen fordern sie mehr Verbindlichkeit und Fortschritt in diesem Bereich.

Franz Schori (SP) teilt die Haltung von Stadtrat Hiltbold. Er erinnert Stadtrat Aellig daran, dass in jüngerer Zeit ein vergleichbares Projekt einem Referendum unterlag und die Stadt als Planungsbehörde gemeinsam mit der Stadtratsmehrheit die Abstimmung gewonnen hat. Er ist überzeugt, dass eine Referendumsabstimmung auch im vorliegenden Fall zu gewinnen wäre.

Der Stadtpräsident bedankt sich für die engagierte Debatte und nimmt Stellung zum Rückweisungsantrag der FDP. Wenn die Stadt Areale entwickelt, setzt sie sich mit den Investoren zusammen und versucht sie zu überzeugen, einen Wettbewerb nach SIA 142 durchzuführen. Es wird ein Wettbewerbsprogramm vereinbart und am Schluss gewinnt dasjenige Projekt, das dieses Programm nach Auffassung der Jurymitglieder am besten abbildet. So geschah es auch im Fall Hoffmatte. Wenn die Stadt, wie von Stadtrat Aellig angetönt, ein anderes Projekt als das von der Jury ausgewählte bevorzugen würde, würde sie das Urteil der Jury umstossen. Hierbei muss man bedenken, dass die Stadt qualifizierte Leute sucht, welche diese Wettbewerbe begleiten und ihre Zeit zur Verfügung stellen. Es besteht die Gefahr, dass sich diese Leute mit Fachkompetenz nicht mehr bereit erklären zu jurieren, wenn ihr Rat nicht umgesetzt wird. Die Stadt führt diese Verfahren durch, weil sie glaubt, dass es der Stadtentwicklung guttut, wenn sich die beste Idee durchsetzen muss. Der Stadtpräsident zweifelt daran, dass Politikerinnen und Politiker in der Lage sind, die bei einem Wettbewerb zu berücksichtigenden Aspekte besser zu beurteilen als Fachleute. Auch wird es bei künftigen Verhandlungen mit Investoren schwierig sein, diese von der Finanzierung eines Wettbewerbs zu überzeugen, wenn nicht sicher ist, ob das Resultat berücksichtigt wird. Der Stadtpräsident räumt ein, dass der Inhalt des Wettbewerbsprogramms eventuell nicht mehr dem heutigen Stand entspricht. Doch der Anspruch von Stadträtin Jaccard, Wettbewerbsprogramme zu erstellen, die während der nächsten sieben Jahre aktuell sind, ist nicht erfüllbar. So weiss man nicht, wie sich die Mobilität entwickeln wird. Wenn die Investoren Wohnungen nicht vermieten oder verkaufen können, weil es zu wenig Parkplätze hat, ist das auch keine Lösung. Er hofft bei diesem Dilemma auf das Verständnis des Rats. Die Projekte werden jeweils nachträglich verfeinert, was auch für den Aspekt der Energie gilt. Ausserdem hat er nicht den Eindruck, dass die Investorenschaft möglichst zeitgemässe Gebäude erstellen will. Eine gute energetische Lösung ist am Markt ein Verkaufsargument. Es ist deshalb nicht angebracht, Vorschriften zu einer ungewissen Entwicklung zu machen. Bei mehrjährigen Prozessen ist es schwierig, gestützt auf das heutige Wissen zu entscheiden. Eine Endlosschleife muss vermieden werden, bei welcher der Rat nach der Auflage und Mitwirkung plötzlich wieder seine Meinung betreffend die Parkplätze ändert. Dann würde es schwierig werden, künftig noch Investoren zu finden. Eine Gesamtbetrachtung der abzubildenden Interessen ist angebracht. Dazu gehören die Interessen der Stadtentwicklung, aber auch andere öffentliche Interessen wie der Bedarf nach Alterswohnungen und Pflegeplätze. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass es im Sinne der Stadt Thun ist, dem vorliegenden Projekt zuzustimmen. Er beantragt die Ablehnung des Rückweisungsantrags und die Zustimmung zur vorliegenden ZPP.

Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag mit 32 : 3 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 18. September 2019, beschliesst mit 24 : 0 Stimmen bei 12 Enthaltungen:

1. Genehmigung der Änderung Zonenplan und Baureglement, Anhang 3, ZPP Hoffmatte.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

118. Interpellation I 9/2019 zu den koordinierten Kontrollen in Thuner Barbershops

Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 21. März 2019; Beantwortung

Franz Schori (SP) ist nicht befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Franz Schori (SP) dankt dem Gemeinderat für seine ausführliche Beantwortung und insbesondere für die beigelegten Presseartikel. Er begrüsst das Bestreben der Stadt, Gesamtarbeitsverträge durchzusetzen. Unverständlich ist für ihn die Haltung des Kantons, der seine Verantwortung nicht wahrnimmt und andere Behörden sogar daran hindert, Sanktionen zu erlassen. Er stellt jedoch auch eine gewisse Hilflosigkeit der Stadt fest, die nur darauf hinweist, was der Kanton alles schlecht macht. Stadtrat Schori fragt sich, ob es kreativere Möglichkeiten gäbe, dem Problem zu begegnen – besonders in den Barbershops, jedoch auch bei anderen Gewerben, die sich nicht an unsere Arbeitsbedingungen halten.

Eveline Salzmann, **SVP-Fraktion**, stimmt Stadtrat Schori in allen Punkten zu. Sie hat mit ihrer Coiffeuse gesprochen, die einen riesigen Aufwand betreiben muss, um alle Versicherungen korrekt abzuschliessen, Sozialversicherungsbeiträge abzugeben und alle Einnahmen korrekt zu verbuchen – und nun ihre moderaten Preise erhöhen muss, weil das Geschäft sonst nicht rentiert. Auf der anderen Seite stehen die Barbershops, welche die ohnehin schon tiefen Löhne gemäss GAV unterschreiten, behaupten, die Registrierkasse sei kaputt, ihre Einnahmen nicht richtig verbuchen und – ohne wirklich gebüsst zu werden – Sozialversicherungen und Steuerbehörden hintergehen. Dies, weil die Koordination und Datenweitergabe des beco an die Gemeinde nicht stimmt. Sie hat versucht, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, welche Stelle für welche Kontrolle zuständig ist, und musste feststellen, dass es extrem kompliziert ist. So führen nebst der Gemeinde mindestens sieben Stellen Kontrollen durch. Um den Zustand zu verbessern, müsste die Paritätische Kommission vermehrt Kontrollen zur Einhaltung der Löhne durchführen. Die Arbeitsmarktkontrolle führt bereits im Auftrag der Paritätischen Kommission und des beco Kontrollen durch – eventuell gäbe es dort Möglichkeit zur Weitergabe von Daten. Wichtig ist, dass das beco wiederholt Kontrollen macht und eine aktuelle Liste der Betriebe führt, die sich nicht an die Regelungen halten. Stadträtin Salzmann ruft die Medien in die Pflicht, über Verstösse zu berichten, sowie die Vermieter, ein Augenmerk darauf zu legen, an wen sie vermieten. Die Stadt muss weiterhin Kontrolle machen, auch wenn es teilweise Sisyphusarbeit ist. Nicht zuletzt muss der Kunde bereit sein, einen anständigen Preis für seine Frisur zu bezahlen. Sie befürwortet die Idee von Gemeinderat Peter Siegenthaler, den Betrieben, die sich gesetzeskonform verhalten, ein Qualitätssiegel zu verleihen. Sie ruft dazu auf, den Kampf nicht aufzugeben.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, schliesst sich allem bisher Gesagten an. Es ist sehr wichtig, im Auge zu behalten, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen und Gesamtarbeitsverträge auch in anderen Gewerben eingehalten werden. Er appelliert an die anwesenden Grossrätinnen und Grossräte, sich in Bern für eine Stärkung der Arbeitsmarktkontrolle einzusetzen.

Reto Vannini, **glp/BDP-Fraktion**, ist auch nicht zufrieden mit der Barbershop-Situation und fände ein Qualitätssiegel keine schlechte Idee, wenn die Kontrollen auf Gemeindeebene nicht möglich sind. Doch die Frage ist die von Stadträtin Salzmann aufgeworfene: Sind wir nicht selber schuld? Die Bevölkerung müsste durch die lokalen Medien sensibilisiert werden, dass die tiefen Preise keinen Schutz der Arbeitnehmer erlauben. Er weiss um die schwierige Situation der Ladenbesitzer in der Unteren und Oberen Hauptgasse, bittet sie aber dennoch darum, sich der Situation bewusst zu sein. Die glp/BDP-Fraktion hegt die Hoffnung, dass sich die Situation seit der Fragestellung nicht viel verschlimmert hat.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) kann gut verstehen, dass Stadtrat Schori mit der Antwort des Gemeinderats nicht einverstanden ist. Sie findet es auch nicht gut, dass gegen diesen Wildwuchs nichts Wirksames unternommen werden kann. Die Kontrollen laufen ins Leere, da die Barbershops die nötigen Unterlagen nicht einreichen oder zu wenig Angaben machen – das ist eine Schweinerei. Für sie ist es völlig unbegreiflich, weshalb die Kontrolle der Barbershops auf einer anderen Ebene blockiert wird. Den Unterlagen ist zu

entnehmen, dass es im Grossen Rat einmal eine Interpellation gab, die vom Regierungsrat jedoch abgelehnt wurde. Diese Abläufe sind höchst seltsam.

Susanne Gygax, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, findet Werte wie Ehrlichkeit und Fairness überaus wichtig. Was nützen Gesetze, wenn sie nicht eingehalten werden? Die Paritätische Kommission und die Arbeitsmarktkontrolle müssen in die Pflicht genommen werden. Es ist zwar löblich, dass die Kontrollen seit Anfang Jahr verschärft werden sollten, doch ohne zeitnahe Sanktionen bleiben sie wirkungslos. Ihre Fraktion bittet den Gemeinderat, das Problem im Auge zu behalten, Kontrollen verschärft durchzuführen und die Resultate hartnäckig den zuständigen Organen in Bern zu melden – allerdings auch im Gast- und Transportgewerbe. Ebenso wichtig ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, vor allem durch die Medien. Doch auch jedes Ratsmitglied ist verantwortlich dafür, dass solche Shops nicht mehr Zulauf erhalten.

Gemeinderat Peter Siegenthaler dankt dem Rat für die Diskussion. Er zitiert aus einem Schreiben des beco an den Gemeinderat: «Die von der NZZ im Kanton Zürich gemachten Feststellungen können wir für den Kanton Bern nicht bestätigen. Wie Sie den statistischen Zusammenstellungen unseres vorhergehenden Schreibens entnehmen können, stellen wir bei den zahlreichen Kontrollen der letzten zwei Jahre so gut wie keine Verstösse gegen die Schwarzarbeitsgesetzgebung fest. Das gleiche Bild ergibt sich auch für die Kontrolle in anderen Gemeinden und Städten. Einzig die Verletzung des Gesamtarbeitsvertrags (GAV), die im engeren Sinne keine Schwarzarbeit darstellt, bleibt ein auch für das Amt für Wirtschaft störendes Problem. Wir teilen Ihre Meinung, dass dies nebst der arbeitsmarktlichen Problematik eine stossende Wettbewerbsverzerrung darstellt.» Dieses Schreiben bestätigt die fehlende Begeisterung der Grossrätinnen und Grossräte für weitere Vorstösse, auch in Betracht der Antwort auf Gemeinderat Peter Siegenthalers Interpellation im August. Gemeinderat Peter Siegenthaler weiss nicht, ob es erfolversprechend ist, zu dem Thema weitere Vorstösse einzureichen. Der Kanton anerkennt das Problem gar nicht als solches, wie der Wortlaut des Schreibens bestätigt. Abgesehen von der Kontrolle der Preisangabepflicht hat die Gemeinde in dieser Sache gar keine Aufgaben. Der Gemeinderat könnte sich jedoch eine Kennzeichnung der Barbershops vorstellen, die keine Verdachtsmomente aufweisen. Er betont die Verantwortung der Bevölkerung, diese Shops nicht zu besuchen, und der Vermieter, ihnen keine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Es soll niemand behaupten, hinter den zahlreichen Barbershops in der Stadt Thun stehe kein Problem. Bei zehn von zwölf kontrollierten Geschäften wurde nämlich ein Fehlverhalten festgestellt. Das ist störend gegenüber den sich korrekt verhaltenden Geschäften, aber auch gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

119. Motion M 2/2019 betreffend Thun ist CO2-neutral bis spätestens 2050

Fraktionen SP, glp/BDP und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2019; Beantwortung

Gemeinderätin Andrea de Meuron geht davon aus, dass sich die Motionäre nebst einer Grundlage vor allem Verbindlichkeit bezüglich der Zielerreichung wünschen. Der Gemeinderat unterstützt die Zielsetzung «Netto-Null bis 2050» im Grundsatz, da diese dem Pariser Abkommen und der Energiestrategie entspricht. Ein Fragezeichen setzt er beim Instrument des Reglements, weshalb er empfiehlt, die Motion als Postulat anzunehmen. Sie hat grosses Verständnis dafür, wenn der Eindruck entsteht, der Gemeinderat nehme das Anliegen nicht so ernst. In diesem Fall ist es ihr jedoch wichtig zu betonen, dass es dem Gemeinderat einzig darum geht, das geeignete Instrument zu wählen. Als die Motion am 16. Mai 2019 eingereicht wurde, war der Stadtrat nicht in Kenntnis über die bereits laufenden Arbeiten. Der Gemeinderat und der Stadtrat sind beide neu und es braucht Zeit, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Die Fachstelle Umwelt Energie Mobilität hat im Rahmen des energiepolitischen Massnahmenprogramms bereits ein Energie- und Klimaleitbild als Schwerpunktmasnahme gesetzt. Dafür braucht es jedoch eine Strategie und Massnahmen. Deshalb ist es ihr wichtig zu betonen, dass die Fachstelle bereits daran ist, ihre Ressourcen zur Erreichung dieses Ziels zu investieren. Ohne Reglement hat der Gemeinderat eine Absichtserklärung zur Fernwärme kommuniziert. So spart die Stadt pro Jahr, wenn es so weit ist, 820 Tonnen CO₂ pro Jahr. Sie hofft, dass der Rat versteht, weshalb der Gemeinderat die Umwandlung in ein Postulat empfiehlt.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, betont, dass die eingereichte Motion nicht im Widerspruch zum Prüfauftrag der Klimaneutralität bis 2030 durch die Klimajugend steht. Ganz im Gegenteil lässt die Definition ihrer Motion «bis spätestens 2050» alles von heute bis 2050 zu. Das Jahr 2050 beruht auf dem Klimaabkommen,

welches der Bundesrat in Paris unterzeichnet hat. «Netto-Null bis 2030» wäre natürlich wünschenswert, doch, wie der Gemeinderat schreibt, unrealistisch. Weil intensive lokale Anstrengungen nötig sind, um die vereinbarten Ziele zu erreichen, darf man nicht auf weitere Schritte von Bund und Kantonen warten. Dass der Gemeinderat ein Energie- und Klimaleitbild in den Massnahmenplan 2019-2022 aufgenommen hat, ist sehr lobenswert. Aus der Sicht der SP-Fraktion ist das jedoch ungenügend, weil damit nicht definiert ist, was geschieht, wenn diese Ziele nicht erreicht werden. Der nächste Gemeinderat ist vielleicht anders zusammengesetzt, was bewirken kann, dass nichts geschieht, wenn die Legislaturziele nicht erreicht werden. Deshalb braucht es zwingend ein Reglement als übergeordnetes Instrument, das über die Legislaturziele hinausgeht. Es muss Ziele und Massnahmen bis 2050 definieren und die Folgen des Nichterreichens gewisser Zwischenziele. Die Kritik des Gemeinderats, die Motion weise keine Hinweise auf Rechte, Pflichten und Massnahmen auf sowie auf Bereiche, in denen es verankert werden soll, weisen die Motionärinnen und Motionäre zurück. Denn es ist an der Exekutive, ein Reglement umzusetzen. Das Ziel der Motion ist klar, eindeutig und ausreichend begründet. Die SP-Fraktion nimmt die Motion einstimmig an.

Nicole Krenger, **glp/BDP-Fraktion**, äussert sich gegen die Umwandlung in ein Postulat. Sie glaubt der Gemeinderätin, wenn sie sagt, dass die Fachstelle arbeite und entsprechende Strategien entwickle. Doch wenn sie sich an Traktandum 3 erinnert und an die Äusserungen betreffend die Parkplätze, löst das bei ihr das Bedürfnis nach einer Verbindlichkeit aus, welche den Gesamtgemeinderat verpflichtet, einen Masterplan vorzulegen.

Hanspeter Aellig (FDP) unterstützt das Ziel des Pariser Klimaabkommens. Es stellt sich jedoch die Frage, mit welcher Methode diese Verpflichtungen mitgetragen werden. Zwischen der Forderung der damaligen Jugendmotion und der vorliegenden Motion besteht ein Konflikt bezüglich Zeitachse. Dies war ein Hauptgrund dafür, weshalb die FDP damals diese Motion mitunterzeichnete. Die FDP wüsste gerne, welches Papier gilt, sieht jedoch die Problematik durchaus. Sie empfehlen deshalb eine paritätisch zusammengesetzte Task Force oder Spezialkommission, die über klare Handlungsrichtlinien des Gemeinderats verfügt. Es ist zu prüfen, ob im Motionstext der Begriff «Reglement» durch «Grundlagenpapier» ersetzt werden könnte, welches die Stossrichtung umschreibt. Die FDP hält an der Motion fest.

Verena Schneiter, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, sieht die Problematik bezüglich der Schaffung eines Reglements. Der Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die viele Bereiche und andere Reglemente betrifft. Erst, wenn das CO₂-Gesetz des Bundes und das Energiegesetz des Kantons vorliegen, können durchsetzbare Regelungen auf Gemeindeebene angegangen werden. Der Gemeinderat erwähnt in seiner Antwort, in jenen Bereichen, in denen die Stadt über Handlungskompetenz und Handlungsspielraum verfügt, tragfähige und mehrheitsfähige Massnahmen zum Schutz des Klimas erarbeiten zu wollen. Die Frage ist, welche Bereiche das sind. Ihre Fraktion würde es begrüssen, wenn der Gemeinderat vorerst speditiv einen Aktionsplan für zehn Jahre ausarbeiten würde, damit die Stadt für ihre Bürger ein gutes Vorbild ist. Sie unterstützen die Umwandlung in ein Postulat mehrheitlich und vertrauen dem Gemeinderat, dass er die Umsetzung so angeht. Dies gibt dem Gemeinderat die Freiheit, ein geeignetes Instrument zu finden. Zudem besteht seit diesem Jahr die Fachstelle Umwelt Energie Mobilität, die kürzlich verstärkt wurde und nicht bereits wieder mit Vorstössen überfordert werden sollte.

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, kann nachvollziehen, dass die Suche nach der richtigen Form und dem richtigen Ort zur Verankerung dieses Anliegens nicht einfach ist. Der Vergleich mit anderen Städten und Gemeinden hat ergeben, dass es verschiedene Ansätze, namentlich Reglement, Verfassungsartikel und Strategie gibt. Das zeigt, dass die Frage nicht trivial ist und es keine eindeutige Antwort gibt. Auch die bestehenden Abhängigkeiten zu anderen Reglementen und die Notwendigkeit rechtlicher Abklärungen sind nachvollziehbar. Es ist deshalb sinnvoll, die Frage nach der richtigen Form und dem richtigen Ort bedachtsam zu prüfen und erst dann weiter zu entscheiden. Es gibt weitere Themen, die nicht ganz unabhängig von dieser Frage geprüft werden müssen: Klimastrategie und -leitbild sind das eine, die als Postulat überwiesene Ziffer 2 der Jugendmotion das andere. Mit «spätestens bis»-Formulierungen hat er bisher schlechte Erfahrungen gemacht. Er hat bereits in der SAKO angesprochen, dass man aktuell vor allem über den Zeitpunkt spricht, bis wann das Ziel erreicht sein soll. Eminent wichtig sind jedoch die Zwischenziele. Es sind die letzten zehn bis zwanzig Prozent der Emissionsreduktion, die den Knackpunkt darstellen. Aus Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen ist es also wichtig, dass die Absenkung zuerst steil verläuft, sonst wird es gegen hinten schwierig. Aus seiner Sicht fordert die Motion nicht ein Reglement, weil sich die Motionäre unbedingt ein solches wünschen – wichtig ist vor allem die Verbindlichkeit: Die

Sicherheit, dass Thun das Ziel der Klimaneutralität verbindlich festlegt, ambitioniert und stetig verfolgt. Im Sinne der Sachpolitik und einer zweckdienlichen Vorgehensweise ist es sinnvoll, wenn zuerst überprüft wird, wo und in welcher Form dies am besten verankert wird. Als nächster Schritt kommen dann die Umsetzung und die verbindliche Festlegung der Zielsetzung. Die Fraktion Grüne/JG teilt das Anliegen der Klimaneutralität und den Wunsch, es verbindlich festzulegen. Doch per Motion ein Reglement zu fordern, über das man so wenig weiss, ist nicht zweckdienlich. Die Verwaltung sollte auch nicht mit Ausarbeiten eines Reglements belastet werden. Wenn die Prüfung ergeben hat, was zweckdienlich ist, ist die Fraktion Grüne/JG gerne bereit, dies mitzutragen. Sie lehnen den Vorstoss ab, stimmen dem Postulat aber zu, wenn er in ein solches umgewandelt wird.

Daniela Weber, **SVP-Fraktion**, glaubt nicht, dass der Thuner Stadtrat die geeignete Instanz ist, um eine solche Bestimmung zu erlassen. Man spricht hier von internationalen Abkommen. Natürlich müssen dann die Massnahmen – vor allem gestützt auf nationale und kantonale Gesetze – einmal in der Gemeinde ankommen und die entsprechenden Umsetzungsmassnahmen nach sich ziehen. Die Erarbeitung eines Reglements ohne Grundlagen ist jedoch völlig unsinnig und zu kleinräumig gedacht. Sollen denn alle Gemeinden einzelne Richtlinien und Grundlagenpapiere ausarbeiten? Um nachhaltig etwas Sinnvolles umzusetzen, ist es an den höheren Instanzen, Rahmenbedingungen und Gesetze zu erlassen. Ausserdem sind auf nationaler Ebene wichtige Entscheide in Bezug auf das CO₂-Gesetz ausstehend. Sie ruft dazu auf, die Resultate abzuwarten und sich danach zu richten. Vor weniger als vier Monaten hat der Stadtrat dem Gemeinderat einen von einer Motion in ein Postulat umgewandelten Prüfauftrag erteilt für den Zeitraum bis 2030. Heute wird nun zusätzlich die Erarbeitung eines Reglements für den Zeitraum bis 2050 gefordert. Zum Inhalt gibt es jedoch absolut keine Vorgaben. Ein solches Vorgehen kann und will die SVP-Fraktion nicht unterstützen. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab und unterstützt die Umwandlung in ein Postulat.

Nicole Krenger (glp) ist nicht überzeugt von der Haltung der Grünen, da es immer noch Gründe gibt, die klar für eine Motion sprechen: Wie von Stadtrat Barben erwähnt, muss schnell etwas geschehen. Man darf sich keine Illusionen machen: Die Klimaneutralität bis 2050 wird Auswirkungen auf unseren Alltag haben, Geld kosten, Anreizsysteme und vielleicht sogar Verbote brauchen. Diese wiederum werden rechtliche Grundlagen erfordern, damit sie durchgesetzt werden können. Eine rechtliche Grundlage wird also ohnehin nötig sein. Das hier erwähnte Reglement ist juristisch gesehen ein Rahmengesetz, das erlaubt, bei verschiedenen Reglementen wie beispielsweise dem Baureglement einzelne Artikel zu ändern. Man müsste also nicht neue Gesetze erfinden. Sie glaubt nicht, dass es mit einem Masterplan gelingen wird, die benötigten verbindlichen Vorgaben zu geben. Auch für eine Motion spricht, dass dies das normale gesetzgebende Verfahren ist bei wichtigen gesellschaftspolitischen Prozessen wie diesem hier: Es gibt ein Reglement der Exekutive, dann eine politische Diskussion und irgendwann eine Volksabstimmung. Wenn das Volk am Schluss nein sagt, ist das halt so. Man sollte nicht aus Angst einen Weg drumherum wählen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, beantragt einen Sitzungsunterbruch von fünf Minuten.

Sitzungsunterbruch (5 Minuten)

Alice Kropf (SP) hat heute Abend schon mehrfach gehört, dass sich der Stadtrat mehr Verbindlichkeit wünscht. Beim Thema Klima, das für die Grünen das wohl wichtigste Anliegen ist, hat der Rat die Möglichkeit, diese Verbindlichkeit durch das stärkste Instrument – die Motion – nun auch einzufordern. Sie findet es schade, wenn ausgerechnet die Grünen nicht mitziehen.

Jonas Baumann-Fuchs (EVP) hat doch schon einige Postulate hinter sich, auch solche, bei denen dann nichts geschah. Aus einem Anliegen macht man deshalb eine Motion, weil man sich nämlich erhofft, dass es Hand und Fuss bekommt. Es stellt sich die Frage, wie viel Kredit man dem Postulat gibt und ob dann wirklich etwas geschieht. Die Guillotine-Klausel wurde aufgelöst, damit Postulate nicht einfach in der Schublade verbleiben. Er hat sich noch fast nie bei einem Geschäft enthalten. Einerseits kann er nachvollziehen, dass ein Reglement nicht zielführend ist, andererseits fände er eine Zusage des Beabsichtigten wichtig. Der Gemeinderat hätte schon in seiner Antwort schreiben können, dass er die Motion unterstütze, aber kein Reglement wolle, und stattdessen Gegenvorschläge bringen können. Damit hätte sich der Zwispalt aufgelöst und der Gemeinderat hätte signalisiert, dass es ihm ernst ist. Jetzt ist zu hoffen, dass mit dem Postulat das Richtige herauskommt.

Marc Barben (Grüne) hat vollstes Verständnis dafür, dass der Rat sich Verbindlichkeit wünscht, und sieht ein, dass die ihm zur Verfügung stehenden Instrumente eingeschränkt sind. Doch der Rat nimmt seine Verantwortung nicht wahr, wenn er an etwas festhält, von dem er noch nicht sicher ist, ob es das Richtige ist. Es schadet nichts, zu schauen, ob man das Anliegen mit einem Postulat umsetzen kann. Sollte das nicht der Fall sein, ist es nicht zu spät, eine konkretere Motion einzureichen. Klar läuft die Zeit, doch wie ist die Zeit genutzt, wenn man sich in eine Sackgasse begibt? Er findet es nicht verantwortungsvoll, wenn man vehement an einer Richtung festhält und wenig dabei herauskommt.

Peter Aegerter (SVP) ist einig mit Stadtrat Barben, dass eine Motion zum falschen Zeitpunkt nicht zielführend ist. Auch seine Fraktion ist gespannt, was bei diesem Prüfauftrag herauskommt.

Thomas Hiltbold (Grüne) betont, dass sich der Rat über die Erfüllung der Klimaziele bis 2050 einig ist. Jetzt ein Reglement zu fordern, von dem man zwar das Ziel, aber nicht den Weg kennt, ist nicht zielführend. Um das gemeinsame Ziel zu erreichen, müssen die in der Stadt vorhandenen, knappen Ressourcen sinnvoll eingesetzt werden. Er möchte nicht, dass man ein Heer von Juristen losschickt, um irgendwelche Vorschläge zu Inhalten zu machen, von denen noch überhaupt nichts klar ist. Ihm wäre lieber, Nicht-Juristen würden erstmal abklären, welches die vernünftigsten Wege sind, um das Ziel schnellstmöglich zu erreichen. Das erreicht man nur mit einem breiten Prüfauftrag. Nach dem letzten Wochenende hat er keine Angst, dass lange nichts passieren würde. Eine Motion bringt einfach nichts.

Katharina Ali-Oesch (SP) erinnert daran, dass der Rat den Klimanotstand ausgerufen hat. Jetzt, wo es schwarz auf weiss steht, sagt der Rat schon bei der ersten Gelegenheit nein zu dem vorgeschlagenen Instrument. Das Thema Verbindlichkeit, Wünsche und Hoffnungen sind hier definitiv am Ende. Wenn der Rat ein Reglement fordert, ist es genau die Aufgabe und der Spielraum des Gemeinderats, in diesem niederzuschreiben, was er als zielführend erachtet.

Roman Gugger (Grüne) ruft in Erinnerung, dass seine Fraktion den Vorstoss nicht unterzeichnet hat, weil sie es nicht zielführend fanden, 2050 zu fordern, während mit der Ausrufung des Klimanotstands schon 2030 gefordert war. Damit will er klarstellen, dass die Grünen die Letzten sind, die sich gegen den Klimaschutz wehren. Der Rat läuft heute Abend Gefahr, ein merkwürdiges Zeichen zu senden, wenn eine Motion auf dem Tisch liegt, die wegen dem Begriff Reglement abgelehnt wird, obwohl sich der Rat über das Ziel einig ist.

Gemeinderätin Andrea de Meuron hat gut zugehört und erfreut zur Kenntnis genommen, dass sich der Rat im Ziel einig ist. Die grosse Herausforderung liegt in der Umsetzung. Stadträtin Krenger hat das Baureglement erwähnt. Doch das Baureglement, welches die Zielerreichung massgeblich beeinflusst, ist nur eine der rechtlichen Grundlagen, nebst diesen auf kantonaler Ebene sowie auf Bundesebene, die berücksichtigt werden müssen. Sie hat keinen einzigen konkreten Vorschlag gehört, welche Massnahmen im vorgesehenen Reglement stehen sollen. Der Gemeinderat wird im Rahmen der Strategie auch einen territorialen Absenkpfad berechnen, um festzulegen, was für die Zielerreichung nötig ist. Stadtrat Barben hat bereits erwähnt, dass das letzte Stück am schwierigsten sein wird. Sie ruft den Rat dazu auf, die Fachstelle ihre Arbeit machen zu lassen. Diese befindet sich in engem Austausch mit den Fachleuten anderer Städte, die vor den gleichen Herausforderungen stehen. Wie von Stadtrat Hiltbold erwähnt, gibt es auch verbindlichere Zielsetzungen in Stadtverfassungen. Im Rahmen dieser Abklärungen kann die Fachstelle ergebnisoffen das richtige Instrument finden. Eine wie von Stadtrat Aellig erwähnte Task Force könnte eine Möglichkeit sein, doch der Gemeinderat kann den Motionstext nicht abzuändern. Der Gemeinderat hat das Postulat empfohlen, damit auch eine solche Variante geprüft werden kann.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, ist es wichtig, das Reglement jetzt zu erstellen. Das von Stadtrat Hiltbold erwähnte Ressourcenproblem wird in der Verwaltung im Bereich Umwelt und Energie früher oder später sowieso aktuell werden – von ihm aus gesehen ist das aber kein Argument. Die Inhalte des Reglements kann man durchaus dem Gemeinderat überlassen. Die strategische Vorgabe des Stadtrats ist klar: CO₂-Neutralität bis spätestens 2050. Als Inhalte stellt er sich einen Absenkpfad vor, einen Zeithorizont, bis wann was erreicht werden muss, und die Konsequenzen bei fehlender Zielerreichung. Vielleicht greift das Reglement nicht erst ab 2030. Aber man muss jetzt definieren, was geschieht, wenn die Zwischenziele nicht erreicht werden. Der Rat muss jetzt ein Zeichen setzen und er kann sich nicht vorstellen, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger es verstehen, wenn die Grünen heute nein sagen.

Der Stadtratspräsident weist darauf hin, dass die Vertretung von fraktionsübergreifenden Vorstössen durch die oben links auf dem Vorstoss zuerst erwähnten Gruppierung erfolgt. Er gibt Nicole Krenger ausnahmsweise das Wort.

Nicole Krenger, **glp/BDP-Fraktion**, stimmt ihrem Vorredner zu, dass die einstimmige Überweisung des Postulats ein Zeichen wäre. Jedoch ist die Zeit für etwas Verbindlicheres gekommen. Der Auftrag der Motion ist klar: Es müssen rechtliche Grundlagen geschaffen werden, damit die Stadt Thun bis 2050 klimaneutral ist. Das heisst für sie, dass die Arbeit identisch mit jener bei einem Masterplan ist. Es handelt sich um technische Fragen, bei denen abgeklärt wird, welche Massnahmen für die Zielerreichung notwendig sind. Wenn diese definiert sind, werden sie ins Reglement geschrieben. Sie kann deshalb das Argument des Ressourcenverschleisses nicht nachvollziehen. Es würde keinen Sinn machen, Juristen auf diese Aufgaben anzusetzen – Techniker müssen ans Werk.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt die Motion mit 18 : 15 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

120. Motion M 3/2019 betreffend einem Förderfonds Energie für die Stadt Thun

Fraktionen SP, Grüne/JG, glp/BDP und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2019; Beantwortung

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für seine wohlwollende Beantwortung der Motion. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass der Förderfonds ein wichtiger Schritt ist, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Die Sanierungsrate liegt bei einem Prozent, wobei davon nicht alles energetische Sanierungen sind. Deshalb wird es lange dauern, bis alle bestehenden Bauten saniert sind – vor allem, wenn noch Neubauten wie das Projekt Hoffmatte hinzukommen, welche das Ziel «CO₂-neutral bis 2050» nicht erreichen. Der Förderfonds könnte für die Hoffmatte sogar ein Anreiz sein, besser zu bauen. Es können mit einem Förderfonds nicht nur Sanierungen, sondern auch Neubauten gefördert werden. Steffisburg beispielsweise fördert mit seinem Fonds auch Leuchtturmprojekte. Allerdings müsste sich die Frutiger AG noch etwas einfallen lassen, um bezüglich Minergie an ein Leuchtturmprojekt der Gemeinde Steffisburg heranzukommen. Auch Information und Weiterbildung sind sehr wichtig, da oft noch Bauteile verbaut werden, die den heutigen Energieanforderungen nicht mehr entsprechen. Diesbezüglich müssten die Handwerker und sogar die Architekten besser ins Bild gesetzt werden. Wichtig ist auch, dass der Förderfonds einfach verständlich ist, damit Bürgerinnen und Bürger einfach einen Antrag ausfüllen können. Der Kanton Bern hat hierfür ein einfaches Vorgehen, Steffisburg hingegen hat mit einem komplizierten Formular noch Optimierungspotential. Die SP-Fraktion ist froh, wenn sich so schnell wie möglich etwas tut. Sie unterstützt die Motion einstimmig.

Daniela Huber Notter, **glp/BDP-Fraktion**, macht den Rat darauf aufmerksam, dass die Situation heute eine andere ist als 2013. Die Nachbargemeinde Steffisburg geht seit dem 1. Januar 2017 mit einem guten Beispiel voran. Ihr Fazit lässt aufhorchen: Die Einführung hat sich gelohnt und die Sensibilisierung der Bevölkerung findet laufend statt. Die zusätzlichen Abgaben auf Stromrechnungen von 24.50 Franken pro Jahr für einen 4-Personen-Haushalt haben zu keinen Diskussionen geführt. Die glp/BDP-Fraktion ist gespannt auf die Implementierung des Fonds in der Stadt Thun. Sie nimmt die Motion einstimmig an.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, zitiert Doris Leuthard, die am 6. Dezember 2012 am Weltklimagipfel in Doha sagte, das Zaudern der Politik sei der Sargnagel am Bestreben, die Klimaerwärmung auf 2° Celsius zu begrenzen. Am 13. Dezember 2013 zauderten 21 Stadtratsmitglieder und sprachen sich gegen den Förderfonds aus. Während sechs Jahren geschah nun nichts in Thun. Steffisburg hat in der Zwischenzeit nicht nur ein Reglement verabschiedet, sondern ganze 72 Projekte bewilligt. Jedes Projekt mag nur ein Tropfen auf den heissen Stein sein, doch zusammen haben sie durchaus eine Wirkung. Die Grünen waren bereits damals für die Äufnung eines Förderfonds. Der wird etwas kosten, dessen muss sich der Rat bewusst sein. Er erhofft sich künftig eine grössere Akzeptanz für das Reglement. Die Fraktion Grüne/JG stimmt der Motion einstimmig zu.

Daniela Weber, **SVP-Fraktion**, lehnt mit ihrer Fraktion die Motion bei einer Enthaltung ab – nicht, weil sie gegen erneuerbare Energien oder Anreize sind, sondern weil es für sie auch heute der falsche Weg ist. Mit

der Schaffung eines Förderfonds wird die ganze Thuner Bevölkerung und Wirtschaft mit neuen Abgaben belastet, während nur wenige davon profitieren. Aus ihrer Sicht macht es mehr Sinn, Anreize über Steuervergünstigungen zu schaffen. Wer sein Haus energetisch sanieren will, tut dies aus Überzeugung, und nicht, weil man von finanziellen Anreizen profitieren kann, für die man bereits bezahlt hat. Zudem bestehen schon diverse kantonale und nationale Förderfonds und Reglemente. Ein Reglement allein für die Stadt Thun ist nicht nötig. Weil sie davon ausgehen, dass das geforderte Reglement in ähnlicher Form wie das Reglement für einen überkommunalen Förderfonds aus dem Jahr 2013 formuliert werden würde, kann die SVP-Fraktion auch die vorliegende Motion nicht unterstützen.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, legt dar, dass sich seit der abgelehnten Vorlage vom 13. Dezember 2013 einiges getan hat: Die Schweiz unterzeichnete das Klimaabkommen von Paris, das Stimmvolk nahm am 12. Mai 2017 das revidierte Energiegesetz an und legte damit die Zielsetzung der CO₂-Neutralität bis 2050 fest. Die ersten Massnahmenpakete wurden damals ausgelöst, es war aber auch klar, dass noch andere kommen würden. Seine Fraktion sieht den Förderfonds für die Stadt Thun als eines dieser Massnahmenpakete. Massnahmen zur dauerhaften Reduktion von Energiebedarf sollten gefördert und umgesetzt werden. Mögliche Fehlanreize durch den Förderfonds müssen bei der Ausarbeitung des Reglements im Auge behalten werden. Die Fraktion EVP+EDU+CVP folgt der Motion einstimmig.

Hanspeter Aellig (FDP) sieht im Gegensatz zur letzten CO₂-Motion bei dieser Motion eine Grundlage. Die Stadt Thun muss Anreize für die Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien schaffen. Wichtig sind Anreize und Innovation – hingegen bekämpfen wird die FDP Verbote, Gebote und neue Steuern. Von der Umstellung von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien erhoffen sie sich ausserdem ökonomisch positive Auswirkungen, da kein oder nur noch ein geringer Mittelabfluss in Förderländer von fossilen Brennstoffen gelangen wird. Die FDP anerkennt die zeitlichen Vorgaben für die ordentliche Budgetierung und Rechtssetzung. Mit dem Aufruf «Starten statt Warten!» unterstützen sie die Motion.

Gemeinderätin Andrea de Meuron dankt dem Rat für die grossmehrheitlich positive Aufnahme. Der Gemeinderat sieht hier eine mögliche Massnahme, um konkret etwas für die Reduktion des CO₂-Ausstosses zu tun. Der Gebäudebereich ist zu fast einem Drittel verantwortlich für den CO₂-Ausstoss und das Potential ist gross, da die Sanierungsquote extrem tief ist. Mit dem Fonds sollen auch Privateigentümer zum Sanieren motiviert werden, die bei Sanierungen oft nur die Kosten sehen und nicht die Tatsache, dass sich die Betriebskosten danach reduzieren. Genau dort will der Gemeinderat ansetzen. Der Fonds soll ergänzend sein zu Unterstützungen durch Bund und Kanton und keine Doppelfinanzierung ermöglichen. Es hilft, dass Steffisburg mit seinem Fonds gute Erfahrungen gemacht hat und Thun dürfte sich die Steffisburger Lösung als Vorbild nehmen. In Steffisburg zahlt jeder Strombezügler 0.5 Rappen pro Kilowattstunde, was pro Jahr ca. 24 Franken ausmacht und keinen Anlass zu Kritik gegeben hat. Der Betrag wurde bei grösseren Stromkonsumenten limitiert, damit Unternehmungen nicht benachteiligt werden. Ein weiterer Vorteil eines solchen Fonds ist, dass das einheimische Gewerbe profitieren kann, indem die Gelder aus den vom Fonds unterstützen Massnahmen nicht in die Länder fliessen, wo das Erdöl herkommt. Mögliche Massnahmen sollen bürgernah sein. In Steffisburg wird zum Beispiel der Gebäudeenergieausweis GEAK unterstützt, die Förderung von Batteriespeicher und thermischen Solaranlagen, ausserdem will man den Anschluss von Gebäude an Fernwärme prüfen. Der Gemeinderat würde sich freuen, diese Arbeiten unter Einbindung der SAKO in Angriff zu nehmen, um eine mehrheitsfähige Lösung präsentieren zu können.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt die Motion mit 27 : 8 bei 1 Enthaltung als erheblich.

121. Postulat P 6/2019 betreffend mehr Biodiversitätsförderung in Thun

Fraktion Grüne/JG vom 16. Mai 2019; Beantwortung

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, ist froh, dass der Gemeinderat das Thema ernst genommen hat. Es geht dabei um viel, um nicht zu sagen um alles. Dazu braucht es mutige Schritte und auch mal neue Experimente. Viel Grün ist wichtig für die Kühlung der Stadt und erfreut das Auge. Bei diesem Vorstoss geht es nicht zuletzt darum, Akzeptanz für bereits gute, praktizierte Massnahmen zu schaffen – einerseits bei der Bevölkerung, aber auch bei den Angestellten der Stadt. Es ist wichtig, dass alle an einem Strang

ziehen, damit zeitgemässe Ansätze nach neusten Erkenntnissen nicht auf Ablehnung stossen, wenn zum Beispiel eine Wiese einmal weniger gemäht wird. Bei Parkanlagen muss immer abgewogen werden, bis zu welchem Punkt sie gesittet aussehen müssen und wie stark man der Natur freien Lauf lässt. Im Schadaupark sind weitere Anpassungen geplant, die hoffentlich ab dem nächsten Jahr umgesetzt werden können. Seine Fraktion sieht an vielen Orten Luft nach oben, um die Lebensräume von Insekten und Pflanzen zu fördern. Sehr positiv zu werten ist der Thuner Wildpflanzenmärit. Weitere solche Aktionen mit und für die Bevölkerung sind sehr erwünscht. Es gibt wunderbare Beispiele von motivierten Bürgerinnen und Bürger, welche von sich aus den Kontakt zu den Gemeinden gesucht haben, um die urbane Landwirtschaft oder die Biodiversität zu fördern. Er stellt sich vor, «Ämtli» für Anwohnerinnen und Anwohner auszuschreiben, die sich mit der Unterstützung von Stadtgrün um die Pflege von Pflanzen oder die Bewirtschaftung von Flächen kümmern können. Dies würde erlauben, die Bevölkerung mit den Themen Biodiversität und Ernährungssicherheit zu konfrontieren. Der offene Kulturgarten Schadau ist ein gutes Beispiel dafür, wie schnell sich jemand von der Faszination des Lebensmittelanbaus anstecken lassen kann. Er ruft dazu auf, weitere solche Plattformen zu schaffen. Gerade bezüglich Sensibilisierung sieht seine Fraktion den grössten Widerspruch in Punkt 3 der Unterlagen. Es steht, die Bevölkerung könne über verschiedene Kanäle weiter sensibilisiert werden, um das vorhandene Potential zu erkennen und unterstützen. Die Medienarbeit lässt noch zu wünschen übrig. Es muss klarer werden, wo interessierte Bürgerinnen und Bürger Informationen und Tipps holen können und welche Veranstaltungen stattfinden. Es bietet sich bereits auf der aktuellen Website an, unter der Rubrik «Biodiversität» entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen. Der Gemeinderat schreibt, die Berichterstattung in den Medien erziele bei der Bevölkerung bereits heute die gewünschte Sensibilisierung. Hier sieht die Fraktion Grüne/JG ein Widerspruch zum vorher Erwähnten. Sie wünschen sich mehr Abklärungen für eine vermehrt biodiverse, zum Teil sogar essbare und allgemein farbigere Stadt. Bis ein neues Konzept zur Biodiversität vorliegt, möchte die Fraktion Grüne/JG das Postulat einstimmig annehmen und nicht abschreiben.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, findet eine vernünftige Förderung der Biodiversität unerlässlich. Die ausführliche Stellungnahme des Gemeinderats zeigt eindrücklich auf, was die Stadt in diesem Bereich schon alles umgesetzt hat und auch in Zukunft plant. Im Bereich der Sensibilisierung kann mit kleinem Aufwand sehr viel erreicht werden. Wichtig ist, dass die Bevölkerung weiss, was sie – auch im eigenen Garten – für die Biodiversität tun kann. Die Stadt engagiert sich vorbildlich und er hat das Gefühl, dass das auch etwas nützt. Dort, wo er wohnt, findet man ungemähte Blumenwiesen, Wildbienen- und Käferhotels, Vogelhäuser, belassene Laub- und Ästehügel sowie Gruben für Igel. Die Postulanten kritisieren die ständige Versiegelung des Bodens durch die Bauerei. Wenn seit über 10 Jahren aber netto über 60'000 Menschen in die Schweiz zuwandern, ist klar, weshalb so viel Grund versiegelt wird. Gebaut wird nicht zum Spass, sondern auf eine Nachfrage hin. Man kann aus sehr guten Gründen für eine offene und tolerante Schweiz sein – wir alle profitieren davon. Doch man muss auch mit den Konsequenzen leben. Die Biodiversität ist wichtig und der Vorstoss rennt offene Türen ein, weshalb die SVP-Fraktion das Postulat annimmt und gleichzeitig abschreibt.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, erwähnt an Stadtrat Borter gerichtet, dass Einfamilienhäuser eine Umweltbelastung darstellen. Er ist erfreut darüber, was die Stadt bereits alles für die Biodiversität macht. Sie scheint schon auf gutem Weg gewesen zu sein, als sein Postulat P 6/2018 im Rat einstimmig überwiesen wurde. Dennoch scheint es eine gewisse Wirkung gehabt zu haben, um mehr vorwärts zu machen und den kulturellen Wandel voranzutreiben. Gärtnerinnen und Gärtner arbeiten nach der Lehre oft so weiter, wie sie es gelernt haben, und deshalb braucht es Inputs von aussen, um die Biodiversität zu fördern. Er dankt allen, die bereits jetzt einen Beitrag zur Verbesserung der Biodiversität leisten oder geleistet haben. Seiner Meinung nach gibt es in der Stadt Thun immer noch zu viel Teer und Beton und zu wenig Vielfalt in der Natur. Deshalb sollte das von der Fachstelle Umwelt Energie Mobilität erarbeitete übergeordnete Biodiversitätskonzept abgewartet werden. Erst bei dessen Vorliegen ist der Moment gekommen, das Postulat abzuschreiben. Die SP-Fraktion stimmt dem Postulat zu und schreibt es nicht ab.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) dankt dem Gemeinderat, dass er aufgezeigt hat, was in diesem Bereich bereits angestossen wurde, wie sich die Bürgerinnen und Bürger informieren können und was sie berücksichtigen müssen. Die FDP findet es gut, darauf ein Augenmerk zu legen, und befürwortet die Biodiversität. Allerdings möchten sie nicht, dass Liege- und Spielwiesen umfunktioniert werden. Es ist richtig, zu den Tieren Sorge zu tragen, doch darf man nicht den Menschen ihre Naherholungsgebiete wegnehmen. Nicht alle Bürgerinnen und Bürger freuen sich über naturbelassene Wiesen: Sie lebt seit eineinhalb Jahren in

einer neuen Überbauung einer Wohnbaugenossenschaft, wo die Umgebung zu einem überwiegenden Teil aus Blumenwiesen besteht. Der Gärtner hat ihr bestätigt, dass eine Blumenwiese nicht nach einem halben Jahr schön ist, sondern erst nach ein, zwei Jahren. Am 9. Dezember 2015 ist im Thuner Tagblatt ein Artikel von Manuel Berger über Biodiversitäts-Hotspots in Thun erschienen, mit dem Titel «Wo sich Tiere und Pflanzen in Thun besonders wohl fühlen». Bereits damals gab es bemerkenswerte Plätze, weshalb die Postulanten offene Türen einrennen. Der grösste und wunderbarste dieser Hotspots ist der Waffenplatz. Im Artikel steht auch, wie man die Biodiversität im eigenen Garten fördern kann. Sie ruft die Grünen dazu auf, diese Anregungen umzusetzen. Die FDP nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, sieht das Postulat als Möglichkeit, aufzuzeigen, was in der Stadt heute schon alles gemacht wird. Die Themen sind bei Stadtgrün angekommen und werden bearbeitet. Stadtgrün hat eine biodiverse Samenmischung entwickelt, die man der Bevölkerung zur Verfügung stellen könnte. Auch verfügen sie über verschiedene Grundlagen, die ausgearbeitet wurden. Wichtig ist die Broschüre «Naturnahe Umgebung – Leitfaden für mehr Natur im Siedlungsraum», welche man den Bürgerinnen und Bürgern noch etwas näherbringen könnte. Die Fraktion EVP+EDU+CVP stimmt dem Postulat und dessen Abschreibung zu.

Valentin Borter (SVP) entschuldigt sich bei Stadtrat Schori nicht dafür, dass er in einem Einfamilienhaus wohnt, in welchem bereits sein Grossvater lebte.

Simon Werren, **glp/BDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass die Stadt Thun auf dem richtigen Weg ist. Pflegepläne bei Schul- und Parkanlagen sind schon seit einiger Zeit vorhanden. Dadurch konnten die Anlagen bereits bis anhin aufgewertet werden. Allerdings ist noch Potential nach oben vorhanden und er hofft, dass die Biodiversität in Zukunft noch stärker gefördert werden kann. Doch nicht alle Nutzungen sind geeignet für Blumenwiesen. Das Personal, welches die Anlagen bewirtschaftet, muss wissen, wie die diese naturnah zu pflegen sind. Die Stadt tut viel für die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter von Stadtgrün. Die Information der Bevölkerung lässt jedoch noch Luft nach oben. Mit einem geeigneten Auftritt auf der Website der Stadt könnte die Bevölkerung mehr vom Knowhow von Stadtgrün profitieren. Die glp/BDP-Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Gemeinderat Konrad Hädener erwähnt, dass der Leiter Stadtgrün, Markus Weibel, heute Abend anwesend ist. Es wurde bereits die Möglichkeit besprochen, dass die Stadt Thun am Wildpflanzenmärit nicht nur als Mitorganisator, sondern mit einem eigenen Stand auftritt. Dabei könnten Samenmischungen abgegeben und Know-How über die richtige Saat vermittelt werden. Bezüglich Kommunikation hat Peter Jost, Leiter Stadtmarketing und Kommunikation, mit dem Aufbau der neuen Website ein anspruchsvolles Projekt vor sich. Es muss abgeklärt werden, wie viel noch in die bestehende Struktur investiert werden soll. Er dankt dem Rat für die Würdigung der bereits erfolgten Arbeit.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, gratuliert Stadtrat Borter zu seinem vorbildlichen Garten. Er hat sich selber vor nicht allzu langer Zeit von der Broschüre inspirieren lassen und ist sehr froh um das, was schon vorhanden ist. Es ist ihm sehr wichtig, dass die Biodiversität nicht nur als Begriff in den Köpfen ist, sondern auch gelebt wird. Er ist froh, wenn alle dabei helfen, die Wichtigkeit des Themas unter die Leute zu bringen. Das Essen wächst nicht einfach im Supermarkt, wo die meisten einkaufen gehen. Vielleicht kann man das eine oder andere über Sensibilisierung, Gemeinschaftsgärten und andere Möglichkeiten erreichen. Die Fraktion Grüne/JG hofft, dass in Zukunft nicht allzu grosse Spassbauten entstehen und die Leute sich nicht zu sehr ausbreiten, sondern bescheiden verhalten.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es mit 21 : 15 Stimmen ab.

122. Interpellation I 11/2019 betreffend 5G-Netz jetzt! – nicht erst Ende 2019

Markus van Wijk, Hans-Peter Aellig, Susanna Ernst

Hanspeter Aellig (FDP) ist teilweise befriedigt und wünscht Diskussion.

Der Rat genehmigt die Diskussion.

Der Stadtpräsident betont, dass es auch Leute gibt, die «5G langsamer» wollen und sich so an den Gemeinderat wenden. Der Gemeinderat hat versucht, die Fragen so gut wie möglich zu beantworten und beabsichtigte nicht, Grundlagen für eine Grundsatzdiskussion zu liefern. Daran könnte er sich mangels Zuständigkeit auch nicht beteiligen.

Hanspeter Aellig (FDP) sieht grundsätzlich die Stossrichtung des Gemeinderats und beabsichtigt auch keine Grundsatzdiskussion zu 5G. Die Fragen der Interpellation gehen weiter; es geht um einen innovativen Standort Thun. Die FDP ist mit der aktuellen Abdeckung von 15,8 Prozent in der Stadt Thun nicht zufrieden. Sie fragen sich, weshalb Thun schlechter gestellt wird als andere, weniger bedeutende Gemeinden im Kanton Bern. Die Auskünfte dazu fehlen im Bericht. Er appelliert daran, nebst aller Klimaneutralität als Rat dafür zu sorgen, dass Thun eine fortschrittliche, attraktive Stadt hinsichtlich Technologie ist. Die Haltung des Gemeinderats erleben sie als defensiv. Die Begründung, 5G-Geräte seien noch nicht auf dem Markt und es bestehe kein Bedarf, ist schlichtweg falsch. Es gilt zu antizipieren und die besten Voraussetzungen im Hinblick auf die neue Technologie zu schaffen. Mit einer weitsichtigen Planung und Innovation haben unsere Urgrossväter mit der Elektrifizierung der Schweiz nach der Kohle die zweite industrielle Revolution ausgelöst. Wären sie so zurückhaltend gewesen wie wir heute, hätte es am kantonalen Sängerkongress von 1882 keine elektrische Beleuchtung gegeben. 5G bietet deutlich mehr als nur die Verwendung von Handy-Kommunikation, Siri oder Streaming von Filmen – der wichtigste Vorteil dieses Netzes ist das Echtzeit-Internet. Dieses ist eine unabdingbare Voraussetzung für Technologien wie autonomes Fahren. Es geht bei 5G um einen modernen Standort und um SmartCity. Das aktuelle Parkleitsystem zeigt auf, dass die notwendigen Schritte in die Zukunft noch nicht gemacht werden konnten, weil das System noch nicht den nötigen Ausbaustand hat.

Roman Gugger (Grüne) dankt Stadtrat Aellig für seine Ausführungen und rät ihm, sich mit seinen offenen Fragen zur Einführung des 5G-Netzes an die Swisscom zu wenden.

123. Fragestunde F 21/2019 betreffend Abwälzung Asylkosten auf Kantone und Gemeinden

Philipp Deriaz (SVP) vom 21. Oktober 2019; Beantwortung

Die Frage F 21/2019 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

124. Fragestunde F 22/2019 betreffend Litfasssäulen als Alternative für wegfallende Brückenwerbung in der Innenstadt

Alice Kropf (SP) vom 22. Oktober 2019; Beantwortung

Die Frage F 22/2019 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

125. Fragestunde F 23/2019 betreffend Fussgängerstreifen zwischen Maulbeerkreisel und Lautorkreisel

Michelle Marbach (Grüne) vom 22. Oktober 2019; Beantwortung

Die Frage F 23/2019 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident gibt den Verzicht auf die ausserordentliche Sitzung vom 28. November 2019 bekannt. Die Ratsmitglieder heute ein Couvert erhalten mit der Einladung zum Jahresschlussessen mit der Bitte, sich nur im Falle einer Abmeldung bis zum 14. November bei der Stadtkanzlei zu melden. Weiter

erhält der Rat darin einen Flyer zum Politforum und Neujahrskonzerten sowie die Unterlagen zum Budget und zum Aufgaben- und Finanzplan. Diese mit einer Sperrfrist bis morgen früh um 10.00 Uhr.

Der Stadtratssekretär liest das Rücktrittsschreiben von Stadträtin Graf vor, die insbesondere aus gesundheitlichen Gründen ihr Amt aufgeben muss.

Der Stadtratspräsident kann den Entscheid von Stadträtin Graf nachvollziehen und wünscht ihr alles Gute und gute Genesung.

Eingänge

Es liegen keine Eingänge vor.

Der Stadtratspräsident



Reto Schertenleib

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder

